Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/3854

18. 01. 89

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur Debatte „Erkenntnisse zur Frage einer eventuellen Beteiligung Deutscher am Bau einer Chemiewaffenfabrik in Libyen"

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag bedauert, daß der Eindruck entstanden ist, die Bundesregierung der Bundesrepublik Deutschland fordere zwar öffentlich die Ächtung aller chemischen Waffen, lasse es aber im eigenen Bereich an den gebotenen Maßnahmen und der Entschlossenheit fehlen, um die eventuelle Beteiligung deutscher Staatsbürger oder Unternehmen aus der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung und Produktion chemischer Kampfstoffe zu verhindern.

Der Deutsche Bundestag bedauert die widersprüchliche und unvollständige Information der Bundesregierung zur möglichen Beteiligung Deutscher an der Giftgasproduktion in Libyen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, alle bestehenden Kontrollmöglichkeiten auszuschöpfen, damit sichergestellt wird, daß von Firmen aus der Bundesrepublik Deutschland keine weitere Hilfe zur Entwicklung und Produktion chemischer Waffen geleistet werden kann.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, dem Deutschen Bundestag unverzüglich, spätestens bis zum 15. Februar 1989, einen schriftlichen Bericht zu geben, der Aufschluß darüber enthält, welche Stellen und Mitglieder der Bundesregierung zu welcher Zeit von einer möglichen Beteiligung Deutscher an der Giftgasproduktion in Libyen informiert gewesen sind, was sie daraufhin veranlaßt haben, und welche politischen und rechtlichen Folgerungen sie aus den bisherigen Erkenntnissen zu ziehen beabsichtigt.

Bonn, den 18. Januar 1989

Dr. Vogel und Fraktion



Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333